

Evangelischer Arbeitskreis der CSU

Landesversammlung am 24. November 2012 in Nürnberg

Politik für die Familie

Familienpolitik ist Politik für das Leben. Die Familie ist und bleibt das Zentrum unserer modernen Gesellschaften. Die Familie ist für Menschen aller Altersgruppen wichtig: Am Beginn des Lebens garantiert sie Betreuung und Erziehung. Am Beginn des Lebens geschehen die entscheidenden Prägungen für die gesamte spätere Entwicklung der Persönlichkeit. Daher stiftet die Familie die erste feste Bindung und garantiert Betreuung und Erziehung. Im Kindes- und Jugendalter werden elementare Wertvorstellungen weitergegeben. Im Erwachsenenalter bietet eine Familie eine starke Gemeinschaft, die sich gegenseitig hilft und das Leben bereichert. Im Alter und am Ende des Lebens können öffentliche Einrichtungen nicht die menschliche Zuwendung ersetzen, die Familien leisten können.

Die Familienpolitik des Evangelischen Arbeitskreises der CSU (EAK) ist geleitet vom christlichen Menschenbild, das in der Bibel entworfen wird. Für uns sind Mann und Frau von Gott füreinander erschaffen. Sie sind gleichwertig und ergänzen sich in ihrer Geschlechtlichkeit und ihrem unterschiedlichen Wesen. Das Vorbild der Eltern ist für Kinder eine Orientierung in ihrer Verantwortung gegenüber dem Nächsten.

Die Familie ist in christlichem Sinne eine verbindliche Lebensgemeinschaft mehrerer Generationen. Weil in ihr zentrale Werte vermittelt werden und unsere Gesellschaft geprägt wird, gebührt der Familie nach dem Grundgesetz (Artikel 6) besonderer Schutz. Die Ehe zwischen Mann und Frau als auf Dauer angelegte gemeinsame Lebensform und Kern der Familie bedarf ebenso einer vorrangigen Wahrnehmung und eines besonderen Schutzes. Selbstverständlich haben für eine wertorientierte, aber offene Gesellschaft andere Lebensformen neben der klassischen Familie einen Achtungsanspruch. Wir setzen sie aber nicht gleich.

Intakte Familien sind keine Sozialagentur, sondern das beste Lebensumfeld für die Entwicklung und Entfaltung der Kinder zu verantwortlichen Mitgliedern der Gesellschaft. Der Zustand der Familien entscheidet über Zukunft und Klima des menschlichen

Zusammenlebens. Hieraus erwächst nicht nur für den Staat die Aufgabe, die Rahmenbedingungen zur Entfaltung der Familien zu garantieren, sondern für uns alle als Bürgerinnen und Bürger. Insofern trägt der Staat Verantwortung für die Familie als gesellschaftliche Institution in echter Subsidiarität. Die Wirtschaft muss die Bedürfnisse der Eltern berücksichtigen und achten, damit diese ihre Kinder eigenverantwortlich erziehen können. Familie und Erwerbsleben sind mit entsprechender Bereitschaft und Flexibilität von allen Seiten gut miteinander zu vereinen.

Familienpolitik ist nicht in erster Linie eine Frage des Geldes, aber finanzielle Gründe dürfen nicht zum Verzicht auf Kinder führen. Deshalb sind die Familien finanziell zu entlasten oder - wo nötig - zu unterstützen. Der Familienleistungsausgleich ist ein Pfeiler unserer subsidiären und solidarischen Gesellschaft.

Dazu gehört, Familien nach Kräften bei der Verwirklichung ihrer individuellen Lebensplanung zu helfen. Das kürzlich vom Deutschen Bundestag verabschiedete Betreuungsgeld trägt dazu bei, denn es schafft echte Wahlfreiheit für junge Familien. Vor dem Hintergrund des Ausbaus der Betreuungsplätze für die unter dreijährigen Kinder, des Rechtsanspruchs auf einen Betreuungsplatz und des Betreuungsgeldes haben die Eltern die Möglichkeit, eigenverantwortlich sich für die beste Betreuung ihres Kindes zu entscheiden.

Weiterhin muss die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert werden

- ♣ durch vermehrte Möglichkeiten von Teilzeitarbeit für Männer und Frauen,
- ♣ durch die Anrechnung von Erziehungsjahren beim beruflichen Wiedereinstieg und
- ♣ durch Betreuungsangebote,
- ♣ durch die bevorzugte Einstellungen von Eltern bei gleicher Qualifikation nach der Berufsausbildung.

Damit die Eltern in ihrer Verantwortung für die Kindererziehung gestärkt werden, muss die Elternbildung und begleitende Unterstützung sowohl staatlicherseits als auch seitens der Kirchen und von damit befassten Organisationen weit mehr als bisher in den Mittelpunkt gerückt und stärker gefördert werden.

Die Bundesregierung und die Bayerische Staatsregierung haben, in den vergangenen Jahren gute familienpolitische Akzente gesetzt. Wir fordern dazu auf, den Weg pro Familie konsequent weiterzugehen.